



Wettbewerbsfähige Strompreise sind für die Stahlindustrie von vitaler Bedeutung

Die Stahlindustrie hat als eine energieintensive Industrie mit einem Stromverbrauch von 20,9 Terrawattstunden einen Anteil von 9,2 Prozent am gesamten Stromverbrauch der Industrie in Deutschland. Mehr als die Hälfte entfällt auf die Elektrostahlunternehmen, die die steigenden Stromkosten deshalb mit großer Sorge betrachten. Die Strompreissteigerung um 15 Euro je Megawattstunde seit zweieinhalb Jahren bedeutet für die Stahlindustrie in Deutschland eine Mehrbelastung von jährlich 180 bis 200 Millionen Euro; das entspricht einem Fünftel der jährlichen Investitionssumme.

In den letzten Wochen hat es bedrohliche Meldungen aus der Aluminiumindustrie gegeben. Sie müsste wegen der zu hohen Strompreise den Standort Deutschland verlassen. So weit geht die Stahlindustrie nicht. Aber auch sie ist auf günstige energiepolitische Rahmenbedingungen angewiesen.

Wie kommt es zu diesen hohen Strompreisen? Auf den Strommärkten herrscht zu wenig Wettbewerb. Rund 80 Prozent der Erzeugung sind in der Hand von nur vier Energieversorgern. Diese richten ihre Strompreisforderungen an der Preisentwicklung der Leipziger Strombörse EEX aus. Obwohl nur ein geringer Teil des Stroms an der EEX gehandelt wird, hat sie großen Einfluss auf die Strompreise. Zudem beträgt inzwischen der Anteil der staatlich verursachten Kosten etwa ein Drittel des Strompreises. Diese Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU kann die Stahlindustrie in Deutschland auf Dauer nicht verkraften.

Was ist zu tun? Die Netzregulierung muss im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes zügig umgesetzt und nachgebessert werden, um anderen Anbietern den Marktzugang zu erleichtern. Die grenzüberschreitenden Leitungen sind auszubauen, damit ausländische Wettbewerber auf den Markt treten können. Außerdem brauchen wir mehr Transparenz über das Geschehen an der

Strombörse. Die verschiedenen energiepolitischen Instrumente müssen besser aufeinander abgestimmt werden und im Hinblick auf ihre Wirkung für die energieintensiven Unternehmen erneut auf den Prüfstand kommen.

Die Ursache der jüngsten Strompreissteigerungen liegt vor allem im Emissionshandel begründet. Die Energieversorger rechnen in den Strompreis den Preis für CO₂-Zertifikate mit ein. Steigende Zertifikatepreise schlagen somit unmittelbar auf die Strompreise durch. Diese „Einpreisung“ kostenlos zugeteilter Zertifikate mag aus Sicht der Stromerzeuger betriebswirtschaftlich Sinn machen. Politisch gewollt ist es jedoch sicherlich nicht, dass die Energieversorger so genannte „Windfall Profits“ in Milliardenhöhe zu Lasten der Stromverbraucher und insbesondere der energieintensiven Industrie realisieren. Es zeigt sich immer mehr, dass der Emissionshandel den Praxistest nicht besteht. Für die energieintensiven Branchen ist er ein überflüssiges und höchst bürokratisches System der „Luftbewirtschaftung“.

Anfang Juli titelte eine deutsche Wirtschaftszeitung „Emissionshandel hilft Stahlbranche“. Es wurde der Eindruck erweckt, die Stahlunternehmen in Deutschland würden durch die Produktionskürzungen überflüssige Kohlendioxid-Zertifikate verkaufen. Diese Behauptung wird durch die Fakten allerdings nicht gedeckt. Die Ausstattung der Stahlindustrie mit Zertifikaten orientiert sich an der Rohstahlproduktion der Jahre 2000 bis 2002. Die in diesen Jahren durchschnittliche Rohstahlproduktion lag bei 45 Millionen Tonnen. Das heißt aber, dass die Stahlunternehmen bei einer Rohstahlproduktion von 46 Millionen Tonnen in diesem Jahr Kohlendioxid-Zertifikate zu- und nicht verkaufen müssen. Außerdem können sie nicht genutzte Rechte auf die nächsten beiden Jahre übertragen. Erst am Ende der ersten Handelsperiode ist daher endgültig zu sehen, wie viele Zertifikate die Stahlunternehmen in Deutschland zukaufen müssen.